

Wir sind kein Schnäppchen!

Herbstlohnrunde. Eine Zwischenbilanz der Kollektivvertragsverhandlungen.

Am Tag der Fertigstellung dieser Wandzeitung streiken die Eisenbahner*innen und die Beschäftigten in den Brauereien. Vor einigen Tagen haben die Kolleg*innen in den Ordensspitälern gestreikt. Am Ende der Woche stehen Streiks im Handel im Raum. Wir erleben gerade mit Sicherheit den heißesten Kollektivvertragsherbst seit langem.

Und das ist gut so. Viel zu viele Menschen können sich ihr Leben nicht mehr leisten. Was vor einigen Jahren noch die Ausnahme war, wird schön langsam für viele zur Realität: Ein Dasein als working poor.

Und das spüren die Kolleg*innen in vielen Branchen. Das wollen sie sich nicht mehr gefallen lassen. Das können sie sich im wahrsten Sinne des Wortes auch nicht mehr leisten.

Sie greifen daher zu den traditionellen Mitteln der Arbeiter*innenbewegung, um ihren Lebensstandard auf einem halbwegs erträglichen Niveau zu

halten: Protestversammlungen, Demonstrationen, Streiks – mit einem Wort: Arbeitskampf. Einer der Daseinsberechtigungen von uns Gewerkschaften.

Auch im Sozial- und Gesundheitsbereich laufen momentan zahlreiche Kollektivvertragsverhandlungen: Ordensspitäler, Privatkrankenanstalten, Sozialversicherungen, Caritas, Diakonie, Landeskollektivvertrag Vorarlberg, um nur die größeren zu nennen.

Viele dieser Kollektivverträge schließen mehr oder weniger mit den selben Ergebnissen wie der SWÖ ab. Dieser hat als Leitkollektivvertrag der Branche die gleiche Funktion wie der FMTI-Abschluss für die anderen Teile der Metallbranche.

Der SWÖ wurde bereits abgeschlossen: 8%, aber mindestens 175 Euro mehr Gehalt und einige Verbesserungen im sog. Rahmenrecht sind das Ergebnis. Dazu gehören z.B. nach vielen Jahren endlich die Einstufung der Kolleg*innen in der vollen Erziehung in die die Ver-



wendungsgruppe 8 oder die volle Anrechnung von Vordienstzeiten im Betrieb bei der Umreihung in eine höhere Verwendungsgruppe.

Andererseits konnten für Kolleg*innen in der Verwaltung keine Verbesserungen erzielt und auch die dringend notwendige Erhöhung des Kilometergeldes oder die Ausweitung des Bezieher*innenkreises der SEG-Zulage nicht erreicht werden.

Ein Abschluss, der uns in Wien gemischte Gefühle bereitet. Wir haben am 8.11. eine kraftvolle Demonstration durchgeführt und viele Betriebe waren streikbereit. Die Mehrheit des Verhandlungsteams hat aber entschieden, dass die Streikbereitschaft in vielen Bundesländern nicht ausreicht, um noch weiter zu verhandeln.

Das Ziel jedes Arbeitskampfes liegt in dessen unmittelbaren Ergebnis-

sen. Ein Arbeitskampf hat allerdings noch eine zweite Funktion: Während diesem entwickelt sich das gewerkschaftliche Bewusstsein der Kolleg*innen schneller und weiter als sonst.

Offenbar ist uns allen gemeinsam das heuer nicht ausreichend gelungen. Nützen wir das nächste Jahr, um an unserer Kampfbereitschaft zu arbeiten. Sonst ist das Ende des Sozial- und Gesundheitsbereich für alle nah.

Workshopreihe der IG Social Von der Idee zur Aktion



→ **Nägel mit Köpfen: 17.01., 17 Uhr, Gewerkschaft GPA, 2. Stock, Raum 2K2 (Alfred-Dallinger-Platz 1, 1030, U3 Schlachthausgasse)**
Gemeinsame Entwicklung und Planung einer konkreten Aktion zur Umsetzung unserer Forderungen.



→ **Action! Go!**
Gemeinsame Durchführung der im vorherigen Workshop geplanten Aktion zu einem konkreten Thema.

Termin und Ort für den letzten Teil (eine Aktion) werden gemeinsam vereinbart.

Wir würden uns freuen, möglichst viele von euch regelmäßig bei dieser Workshopreihe begrüßen zu können, da diese von eurer Beteiligung lebt!

Pflegebonus zum Billigtarif

Viele Bezeichnungen geistern herum, wenn es um die, aus Sicht des Sozialministers, „wertschätzende“ Zusatzentlohnung für die Pflege- und Sozialberufe geht. „15. Gehalt für Pflege und Sozialberufe“, „Entgelterhöhungs-Zweckzuschussgesetz“, „EEZG“, ...

Die treffendste Bezeichnung ist jedoch „Mogelpackung“ oder „Feigenblatt“. Vollmundig wurde versprochen, dass die Auszahlung im Dezember erfolgen und dass diese ein Betrag von 2.000 Euro sein würde. Fakt ist, dass nicht alle, sondern nur vereinzelte

eine Bezahlung bereits im Dezember bekommen werden. Aus den 2.000 Euro werden rund 1.550 Euro brutto. Wenn wir die derzeitige Inflation auch noch miteinbeziehen, hat der Betrag aktuell einen realen Wert von rund 1.350 Euro. Teilzeitkräfte bekommen außerdem nur einen aliquoten Anteil dieses mickrigen Betrages.

Das zeigt wieder einmal, welchen Wert unsere Berufsgruppen für die Politik hat: Gerade mal ein Betrag, der unter der Armutgefährdungsschwelle einer alleinerziehenden Mutter mit einem Kind liegt.